

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 7-8

Artikel: Medien und Macht : Fragen zur öffentlichen Information
Autor: Luchsinger, Fred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164579>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fred Luchsinger

Medien und Macht

Fragen zur öffentlichen Information

Wer sich heute Gedanken macht über Stand und Problematik der öffentlichen Information, dem mag ein kurzer Blick zurück auf ihre Ursprünge und treibenden Kräfte dienlich sein. Öffentliche Information in unserem modernen Sinne ist ein Kind der Aufklärung und ihrer revolutionären Neukonzeption des Staates als der Sache aller Bürger. Erhellung und kritische Durchleuchtung unserer Verhältnisse und ihrer Traditionen im Lichte der Vernunft ist ein Postulat des Rationalismus. Hinter ihm steckt ein Optimismus mehrfacher Art: dass auf Vernunft konstruierte Ordnung bessere, gerechtere Ordnung sei, dass sie von der Idee des Fortschrittes des Menschengeschlechtes her geboten sei, der im übrigen unaufhaltsam in Aussicht stehe, dass die Menschheit erziehbar, und dass durch entsprechende «Unterrichtung» — das aufklärerische Wort für Information — eine urteilsfähige Öffentlichkeit heranzubilden sei, dass eine dermassen urteilsfähige *volonté générale* ihre eigene, die politische Sache kompetent zu entscheiden und zu regeln verstehe.

Die Forderung öffentlicher Information, d.h. der Auflösung der Geheimsphäre absolutistischer Machtübung in die öffentliche Sphäre der Politik geht also Hand in Hand mit der Forderung der allgemeinen Partizipation am Gemeinwesen. Der pathetische Idealismus der schweizerischen Regeneration, etwa eines *Paul Usteri* in seinem Kampf gegen die obrigkeitliche Preszensur, beschwor im gleichen Atemzug mit der «heiligen Pressefreiheit» die Teilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten. «*Ohne die Teilnahme der Bürger und wo diesen des Vaterlandes Angelegenheiten gleichgültig sind, geht dieses (das Vaterland) zugrunde... Wie könnte aber jene Teilnahme möglich sein, wie wäre sie denkbar ohne Öffentlichkeit?*» (des Regierens)?

Wohin sind wir damit gelangt? *Prima vista* scheint längst erreicht und selbstverständlich geworden zu sein, was 1830 noch ein leidenschaftlich verfochtener Zukunftsprogramm war — erreicht wenigstens in jenem nicht allzugrossen Teil der Welt, in dem sich die liberalen Auffassungen von geteilter und öffentlich kontrollierter Staatsmacht durchgesetzt haben.

«Glasnost»

Die Dynamik ihrer Idee ist aber so mächtig geblieben oder geworden, dass sie auch in Systeme absoluter, totalitärer Staatsherrschaft eindringt und sie in Frage stellt. Was sich in der Sowjetunion derzeit im Phänomen *Glasnost* manifestiert, ist zwar gewiss nicht der liberale Gedanke der Pressefreiheit und Unabhängigkeit der öffentlichen Kritik vom Staat. Aber es ist immerhin — wenn auch behördlich bzw. von der einen Staatspartei dosiert, filtriert, organisiert, manipuliert — öffentliche Kritik an behördlichem Ungenügen, bewusst eingesetzt als ein Mittel, Reformen zu popularisieren und zu fördern.

Das Mittel hatte seit über zwei Generationen, seit dem stalinistischen Absolutismus als Tabu und unvereinbar mit dem System der Sowjetunion gegolten. Dass man jetzt zu ihm Zuflucht nimmt und Mitwirkung der öffentlichen Meinung mobilisiert, um aus der Sackgasse einer völlig ineffizient gewordenen, in zentraler Verwaltung, Reglementierung und steriler Parteibürokratie erstickten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik herauszukommen, wird man als ein Zeichen lesen können dafür, dass die Erfordernisse der Gegenwart und näheren Zukunft nicht mit dem Informationsystem des Obrigkeitstaates zu bewältigen sind. Der universelle Trend geht offensichtlich nicht in der Richtung des Orwellschen Szenarios von «1984», d.h. einer vollkommen manipulierten Gesellschaft, sondern der Offenheit, die entsprechende offene, öffentliche Information verlangt.

Für gesichert, gegen Rückfälle endgültig gesichert wird man jedoch weder diesen Trend noch die Errungenschaft freier öffentlicher Information halten können. Zu frisch sind die Erinnerungen an die Zeit, da in weiten Teilen unseres Kontinents nicht einmal mehr der Ruf nach solcher Information öffentlich gewagt werden konnte, und die sich immer wiederholenden Erfahrungen, dass sie das erste oder eines der frühesten Opfer diktatorischer politischer Führung zu sein pflegt, weil sie ihr stärkstes Hindernis ist. Zu deutlich tritt auch immer wieder in Erscheinung, wie wichtig unbehinderte öffentliche Information für die Hygiene auch des demokratischen politischen Betriebes ist. Stichworte wie Watergate, die Affäre Barschel in Kiel, die Geschichten aus der Berner Regierung mögen als neuere Beispiele unterschiedlicher Größenordnung zur Illustration genügen. Sie belegen, dass es sich bei solcher Information um eine eminente, ja lebenswichtige öffentliche Funktion handelt, der im Interesse der Gesellschaft und ihrer Fähigkeit, Missstände zu korrigieren, Sorge getragen werden muss. Sie muss nach wie vor gegen behördliche Reaktionen mit dem Maulkorb oder mit Informationsgeiz, gegen eine allzu extensive Bemessung der Geheimsphäre verteidigt werden.

Zu dieser öffentlichen Funktion gehört, wenn auch nicht mit seinen

Auswüchsen, ein zu Unrecht pauschal diskreditierter *Recherchierjournalismus*, jedenfalls insoweit er in Dingen von öffentlichem Interesse Spuren hinter der offiziellen Fassade nachgeht. «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser». Manchmal kann und darf man sich wirklich nicht mit dem zufrieden geben, was die Ämter mitzuteilen belieben, und es mag gelegentlich noch immer öffentlichen Druckes bedürfen, um einer verkrusteten Behördenmentalität das öffentliche Informationsbedürfnis klarzumachen.

Dies gesagt, wird man allerdings auch Fragezeichen zu setzen haben hinter jenes Pathos, mit dem sich die Medien gerne als die unentwegten heroischen Kämpfer für die Wahrheit schlechthin und gegen angeblich permanente obrigkeitliche Vertuschungs- und Desinformationsversuche präsentieren. Das ist ein Kampf gegen Windmühlen, dieses Pathos ist antiquiert und stützt sich auf eine überholte Legende von sozusagen eingeborener behördlicher Öffentlichkeitsscheu. Wenn man, wie in Amerika passiert, aus der ungestraften Veröffentlichung entwendeter militärischer Geheimpapiere mitten in einem Krieg, oder, wie bei uns geschehen, aus der Preisgabe vertraulicher parlamentarischer Kommissionspapiere Triumphe des Informationsrechtes und der Pressefreiheit schlechthin macht, dann ist der liberale Kerngedanke des öffentlichen Regierens wohl in der Übertreibung des Prinzips deformiert. Und wenn man jegliche Regierungstätigkeit im voraus als Machtmissbrauch und als potentiell kriminell verdächtigt, dann gibt man dem Publikum von dem bei uns in aller Regel weithin einsehbaren politischen Geschäft, ein verzerrtes Bild, mit andern Worten: man produziert Falschinformation.

Das Beharren auf dem Grundsatz der «Publizität» politischer Willensbildung und Entscheidung schliesst Anerkennung und Respektierung von begrenzten Bereichen der Vertraulichkeit nicht aus. Und der blosse «negative approach» und Grundverdacht gegenüber aller staatlichen Tätigkeit ist noch kein Beweis für jene kritische Aufmerksamkeit, die der öffentlichen Funktion der Informierung und Kontrolle angemessen ist.

Erfüllte und enttäuschte Erwartungen

Eine Bilanz von über 150 Jahren praktizierter öffentlicher Information hätte festzustellen, dass das Prinzip der Öffentlichkeit und Transparenz des Regierens und politischen Handelns insgesamt in der wechselvollen Geschichte der Demokratien und sogar über sie hinaus bestätigt worden ist, weiterhin gilt und Dynamik beweist. Ebenso deutlich aber ist, dass auch auf die enthusiastischen Erwartungen, die sich mit diesem Prinzip verbunden hatten, viel Reif gefallen ist.

Das *feu sacré* für den Staat, die Verklärung seiner Ziele und seiner Rolle im Gange des menschlichen Fortschritts ist, mitsamt der Fortschrittsidee selber, mehr oder weniger erloschen oder auf Sparflamme reduziert. In den Augen vieler ist er wenig anderes als durchorganisierte Grossverwaltung und Clearingstelle für den Interessenausgleich, an der sich kaum mehr, ausser vielleicht in Situationen akuter Bedrohung, emotionale Aufschwünge inspirieren.

Wiederholt und schockartig erschüttert worden ist auch der Glaube an die verlässliche Urteilskraft der öffentlichen Meinung. Die ernüchternde Erfahrung ist schwer zu verdrängen, wie verführbar und manipulierbar sie sein kann, auch wenn es ihr an Aufklärung keineswegs fehlt, wie rasch sie als kritische Instanz abdankt, etwa im Vorfeld einer diktatorischen Macht ergreifung oder im Banne von Hysterien und Massenvorurteilen oder in Oberflächlichkeit und Wankelmut. Auch dichte und qualifizierte öffentliche Information ist noch keine Garantie für die Qualität und das Urteilsvermögen der öffentlichen Meinung.

Und offensichtlich ist, dass auch die gewaltige Zunahme des Informationsvolumens keine Intensivierung und Verbreiterung der Bürgerteilnahme, der aktiven Partizipation am Staate mit sich gebracht hat. Eher möchte man schliessen, dass zwischen dem einen und dem andern ein Verhältnis umgekehrter Proportionalität besteht. Der informationspolitische Fortschritt ist kein staatspolitischer geworden.

Vom Autoritätsproblem zum Medienproblem

Das Problem der öffentlichen Information ist generell nicht mehr, wie in ihren Anfängen, das einer behördlichen Sperrmentalität. Es ist mehr und mehr das Problem der Information selber geworden, das der Medien und ihrer Qualität, das ihres Beitrages zur Meinungsbildung, das der Quantität und ihrer öffentlichen Verdauung.

Das Volumen öffentlicher Information ist in den letzten Jahrzehnten enorm gewachsen. Sie ist, verglichen mit den Zeiten, da sie noch einzig über das Leibblatt erfolgte, in unserem Alltag nahezu omnipräsent geworden und wird mit den bereits vorhandenen oder absehbaren Möglichkeiten der neuen Medien in ihrer Verbindung mit EDV und Datenbanken noch dominierender werden.

Was bringt uns diese Entwicklung bzw. was hat sie uns gebracht? Sie hat unsere Information *erstens* globalisiert, weltweit gemacht, *zweitens* bis zur Simultaneität, zur Gleichzeitigkeit von Ereignis und Bericht beschleunigt,

drittens mit der drahtlosen Übermittlung vom geschriebenen, gedruckten Wort ins Akustische und Bildliche ausgeweitet. Mit jedem dieser, wenn man das Wort hier nicht scheut, Fortschritte produziert sie aber auch Probleme.

Global ...

Was ihren globalen Aspekt betrifft, so gibt es heute da, wo die Empfangsmittel vorhanden sind, keine praktische Möglichkeit mehr, das Publikum von diesem ununterbrochenen weltweiten Strom der Nachrichten abzuschotten. Auch höchst aufwendige Aktionen der Empfangsstörung haben die *Sowjetunion* und ihr Imperium nicht von unerwünschter, dem Regime unerwünschter Information isolieren können. Dieses Durchlässigwerden der Grenzen entspricht der weltweiten Mobilität, der wirtschaftlichen wie der touristischen, die unsere Lebensweise verändert. Sie hat uns in wenigen Jahrzehnten zwar nicht die politische «*one world*», aber in hohem Grade die des Bewusstseins von ihr gebracht. Mögen die Lehrpläne unserer Volkserziehung nach wie vor darauf aufbauen, dass die Kinder das Nächstliegende vor dem Fernerliegenden kennenlernen. Aber das Kind, das in der Schule lernen soll, die Welt im Kleinen zu begreifen, hat vom Fernsehschirm bereits beachtliche Kenntnis der grossen Welt, hat Vorstellungen vom Flugverkehr, fast bevor es Tram fährt und kennt Gorbatschew «vom Sehen» besser als den Gemeindepräsidenten. Das Fernerliegende ist unversehens zum Näherliegenden geworden.

Doch müssen wir uns angesichts unserer überreichen Versorgung mit Informationsfragmenten aus aller Welt fragen: Verstehen wir die Welt in dieser Fülle der «*News*» besser, sind wir im «*Weltdorf*» — der Ausdruck stammt vom kanadischen Medienphilosophen der sechziger Jahre *Marshall McLuhan* — zu Hause, sind wir gegen Nationalismen und Feindbilder und andere Vorurteile besser immunisiert als zu Zeiten, da man voneinander noch weit weniger wusste? Wer der weltweiten Information zutraut, dass sie Weltverbundenheit schaffe, sei an die Suggestivvorstellungen von der «völkerverbindenden Funktion des Sports» und an die ihnen wenig entsprechenden Realitäten erinnert, oder auch an die isolationistischen Reflexe in der UNO-Abstimmung unseres so stark international verflochtenen Landes.

Das Problem, die Welt in ihrer Mannigfalt zu verstehen, in die wir eingebunden sind, ist durch die Entwicklung der Informationsmöglichkeiten, die uns diese Globalisierung gebracht hat, bisher noch bei weitem nicht in befriedigender Weise gelöst worden.

simultan ...

Was hat uns die Beschleunigung bis zur Simultanität gebracht, in die enorme Mittel investiert worden sind (z.B. TV-Satelliten)? Was hat die Öffentlichkeit davon, wenn sie innert Minuten von der letzten Flugzeugentführung erfährt, statt bis zur nächsten Zeitung warten zu müssen? Was hat die Wirtschaft dadurch gewonnen, dass sie rund um die Uhr und rund um den Globus minütlich die Börsenkurse zugeführt erhält und also pausenlos in Atem gehalten ist? Die Antwort muss nicht unbedingt «nichts» heissen, aber die Frage wäre einer gedanklichen Güterabwägung wert.

Unzweifelhaft jedoch teilt sich der gehetzte Rhythmus der Information, ihr rascher kaleidoskopartiger Wechsel vom einen ins andere auch dem öffentlichen Leben mit. Was gestern abend noch eine grosse Sache war und die Nachrichtensendungen und Frontseiten der Zeitungen dominierte, ist gegebenenfalls heute mittag verflogen und buchstäblich nicht mehr der Rede wert, weil es durch eine nächste und ganz andere grosse Sache abgelöst ist.

Diese Jagd der *News* und mit ihnen auch der Probleme schlägt unübersehbar auf die Qualität der Politik über. Ihre Entscheidungen sind, jedenfalls in der Demokratie, von Natur aus zumeist langsame Reifeprozesse. Aber das öffentliche Bewusstsein, seinerseits im Banne des Informations-Kaleidoskops, läuft ihnen davon und lässt für die Reifung immer weniger Zeit. Bevor ein Problem gelöst wird, ist es in diesem Bewusstsein durch ein anderes bereits abgelöst oder längst überholt, und während es erwogen wird, wechseln seine Aspekte ständig. Im Ansturm der Informationen ist die öffentliche Meinung sichtlich unruhiger geworden und hat ihre Konsistenz, Konstanz und ihr Beharrungsvermögen gelitten. Natürlich ist das nicht eine Folge allein der Informationsbeschleunigung oder der Sättigung oder Übersättigung durch ständig wechselnde News. Aber der Zeitraffer-Effekt ihrer Vermittlung trägt zu dieser veränderten Verfassung des öffentlichen Bewusstseins das Seine bei.

... und «live»

Wie steht es um die Qualität der öffentlichen Information im Zeichen ihrer sich ständig ausweitenden technischen Möglichkeiten? Die Technik hat die neueren Medien mit bestechenden Eigenschaften und Zutaten ausgestattet — neben der Vermittlung in *«real time»* auch die *«live»*, original, aus erster Hand und direkt vom Schauplatz, buntfarbig, bewegt, mit Geräusch und Ton und Gestik und Mimik. Sie scheint — kurz — im Vergleich zum herkömmlichen schriftlichen, abstrahierenden Bericht im höchsten Grad authentisch.

Ist sie es? Sie ist unübertrefflich in der Übermittlung des sichtbar Anschaulichen verschiedenster Art — vom Fussballmatch zur Mondlandung, von den Gesprächsreaktionen politischer Akteure zu den Bildern von Verhungernden in Äthiopien, nicht zu vergessen den vietnamischen Dschungelkrieg, aus vorderster Linie in die Stuben gebracht. Sie vermag etwa mit Computergraphik komplexe Abläufe dem Auge darzustellen, die bisher nur in mühsamer Abstraktion im Gehirn zu konstruieren waren. Sie hat als ein «Klassenzimmer ohne Wände der *éducation permanente*» Naturwissenschaft der Publikumsvorstellung und also der öffentlichen Information zugänglich gemacht, wie es eine grosse popularisierende Literatur in diesem Ausmass kaum vermocht hat. Es steckt so viel im optisch-elektronischen Medium, jetzt und im Blick auf künftige Ansprüche der «Unterrichtung» der Öffentlichkeit, dass kein ernsthafter Mensch es, als Medium, einfach wird ablehnen können.

Information — ein geistiger Prozess

Aber, und das Aber kann nicht ausbleiben, in weiten Bereichen der Information ist dieses so direkt präsente Medium unzulänglich, nämlich überall dort, wo es über die unmittelbare Anschauung hinaus intellektuelles Verstehen vermitteln sollte, wo das Wesentliche nicht mit dem Bild zu sagen ist. Wenn das Fernsehen von einer bedeutenden politischen Konferenz nichts anderes zu zeigen vermag als vorfahrende Limousinen und gestellte Aufnahmen händereichender lächelnder Potentaten, dann demonstriert das Medium seine Hilflosigkeit vor Vorgängen, die von Natur aus eben nicht photogen sind.

Überdies hat sich nun doch auch im Publikum herumgesprochen, dass seine bildliche Authentizität oft nur eine scheinbare, dass bei weitem nicht immer Wirklichkeit ist, was man als solche gezeigt bekommt, dass hier erhebliche Manipulationsmöglichkeiten nicht nur bestehen, sondern auch genutzt werden. Von einer wachsenden Skepsis ist mitsamt dem Medium auch die Glaubwürdigkeit seiner Information betroffen — was im Falle unserer SRG leider noch immer eher mit Polemik gegen die Kritik als mit Selbstkritik quittiert wird.

Öffentliche Information als Voraussetzung politischer Meinungsbildung und Teilhabe ist offensichtlich mehr als Bild- und Tonübermittlung. Sie ist auf der produzierenden wie auf der empfangenden Seite ein geistiger Prozess des Verstehens, d.h. des Eindringens hinter die Oberfläche der Vorgänge, der Fakten und Meldungen in ihre Hintergründe, Umstände, Begründungen. Solche intensivere Auseinandersetzung mit einer bei weitem nicht nur optischen Realität ist ohne die Sprache, insbesondere ohne

das geschriebene Wort nicht möglich, das der eigenen Überlegung und Beurteilung die nötige Distanz zum unmittelbaren Eindruck lässt.

Überlebt das Lesen?

Der Einbruch der elektronischen Medien in die Tradition der geschriebenen Information wirft die Frage auf, ob das neue Mittel das alte über kurz oder lang verdrängen wird, ob wir auf weitere Sicht einer analphabetischen öffentlichen Information und damit Kultur entgegengehen. Die Frage ist heute nicht bis weit ins dritte Jahrtausend hinein zu beantworten, weil wir die revolutionäre Dimension der technischen, besonders kommunikationstechnischen Entwicklung nicht übersehen und abschätzen können. Vorläufig hängt noch zuviel an der Tradition des schriftlichen Wortes, als dass es als Informationsträger so bald ausscheiden könnte. Die Gegenwart und einigermassen begründete Vorausprojektion bis Ende unseres Jahrhunderts und wohl noch etwas darüber hinaus bietet keine Anhaltspunkte dafür, dass das Zeitalter Gutenbergs — die «*Gutenberg-Galaxy*», wie McLuhan es nennt — in unserer Kulturgeschichte zu Ende sei oder gehe. Eine Untersuchung des *Europäischen Medieninstituts* in Manchester von 1986 über den Wettbewerb zwischen TV und Printmedien, besonders Zeitungen, auch etwa der Medienbericht der deutschen Bundesregierung von 1985, zeigen, dass die Gesamtauflage der Zeitungen — im Unterschied zur Zahl der Zeitungstitel und selbständigen Organe — wie der Buchproduktion nicht im Sinken ist, auch da nicht, wo das Fernsehen sich voll durchgesetzt hat — im Gegenteil. Die Leser sind im Zeichen der Verbreiterung von Mittelschulbildung, der Ausschöpfung der Begabtenreserven, zahlreicher geworden. Vom Fernsehen selber geht offenbar, neben der Verführung zum gedankenlosen Glotzen, auch ein Anreiz zu lesender Vertiefung von Oberflächeninformation aus.

Auf weite Sicht wird die Frage nach der Zukunft unserer Schreib- und Lesekultur jedoch offenbleiben müssen. Zu vieles ist auf dem Gebiet der Kommunikation möglich und denkbar geworden. Und Anzeichen von wachsendem Analphabetismus sind nicht zuletzt in Amerika, dem Vorläufer auch Europas auf diesen Gebieten, schon heute unübersehbar.

Wenn hier die Presse dem optischen Medium, die intellektuelle Vertiefung, Differenzierung und Analyse von Information der Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit der Bildeindrücke gegenübergestellt wird, dann ist damit weder gesagt noch gemeint, dass Zeitungsinformation schon eine Qualitätsgarantie biete. Sie ist auch ihrerseits den Versuchungen und Verflachungstendenzen des modernen Medienbetriebes ausgesetzt: der Hektik der Aktualität, der Übersättigung durch Quantität, die Wesentliches mit

der täglichen Masse von Unwesentlichem überschwemmt, — ja sogar ausgerechnet auch dem Analphabetismus selber, wenn man an die rapid gestiegene Massenverbreitung der Bildgeschichten auch informierender Art denkt mit ihrer Reduktion von Sprache auf Sprechblasen.

Information als Unterhaltung

Auch die Presse zahlt ihren Tribut an den Massenkonsument: wo die grosse Zahl massgebend wird, in den Verkaufsauflagen nicht weniger als in den Einschaltquoten, dominiert leicht nicht das ernsthafte Informations-, sondern das Unterhaltungsbedürfnis. Das ist nicht nur an der Entwicklung der eigentlichen Boulevardpresse abzulesen. Auch Zeitungen, die sich selber ernst nehmen, geraten zusehends in diesen Sog. Unterhaltung beansprucht dort nicht nur mehr Raum, sie überlagert und verfremdet auch, was bedenklicher ist, die Information selber. Nicht mehr ihre Aussage ist das Publikationskriterium, sondern der Kitzel, den sie auslöst. Der harmloseste Sachverhalt erhält einen reisserischen Titel, um ihn aufzumöbeln, ein Routinevorgang wird zur Sensation frisiert, Dinge völlig privater Natur werden als Information in angeblich öffentlichem Interesse veröffentlicht.

Nicht nur die Darstellung der Berichte wird durch diese z. T. eingebildeten Kriterien der Publikumswirkung beeinflusst oder bestimmt, auch ihre Auswahl. Sie richtet sich dann weniger nach dem, was geschieht, als nach dem, was nach Meinung der Macher die Leute sehen oder lesen oder aber nicht sehen und nicht lesen wollen.

Hier steckt, auch wenn man diese Art Medienbetrieb der Sparte blosser Narretei und Narrenfreiheit zuweisen will, Gefahr für die Substanz öffentlicher Information. Wenn sie nicht mehr sagt, was ist — und das ist und bleibt ihre Hauptrolle und -aufgabe —, sondern was gefällt oder was ins persönliche Konzept ihrer Vermittler passt, wenn sie mit subjektiver Zutat Fakten verfärbt und Reaktionen zu steuern sucht, dann erfüllt sie ihre zentrale Aufgabe nicht mehr, dann handelt sie gegen ihre eigentliche Mission.

Bewusst gesteuerte politische Manipulation ist nur die eine Seite solcher Degeneration einer öffentlichen Funktion. Nicht weniger folgenreich ist eine Verfälschung der Realität, die nur das Aufregende oder das total Simple oder das emotional Rührende durch den Filter der Auswahl lässt, überall Korruption, Machtmisbrauch, Falschheit sehen will — oder nirgends.

Über die Anfälligkeit des schweizerischen Publikums gegenüber verdummenden Darstellungen der Wirklichkeit haben wir uns wohl alle falsche optimistische Vorstellungen gemacht. Einem auf minimale Erwartungen abgestimmten Boulevardblatt, das in den fünfziger Jahren aufkam, hat

man in diesem Lande mit seinem scheinbar höher entwickelten kritischen politischen Bewusstsein keine Chance einräumen wollen. Es ist heute das weitaus auflagenstärkste Organ, und sein Erfolgsrezept färbt unverkennbar in sich ausweitenden Kreisen auf die journalistische Mentalität ab. Das setzt unvermeidlich einen Massstab auch für die Qualität des kritischen Urteils in einem breiten Sektor unserer öffentlichen Meinung. Diese Qualität, so wird man ernüchtert — und entgegen manchen lange gehegten Vorstellungen vom helvetischen Sonderfall auch in dieser Beziehung — schliessen müssen, ist nicht wesentlich höher als anderswo im europäischen Massenpublikum.

Neue Strukturen der veröffentlichten Meinung

Bis in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts war unsere Presse überwiegend Meinungs-, um nicht zu sagen Parteipresse, auch wenn nur wenige ihrer Organe eigentliche Parteiorgane waren. In dieser Presse artikulierten sich alle grossen politischen Meinungsströmungen des Landes — und auch weniger mächtige — deutlich und oft in polemischer Weise. Die Vielzahl der Blätter spiegelte den Meinungpluralismus und das politische Spektrum insgesamt. Was öffentlich zu sagen war, fand öffentlichen Ausdruck.

Dieses Bild und diese Struktur haben sich innert weniger Jahrzehnte tiefgreifend geändert. Deutliche politische Profile sind seltener und selten geworden. Der Pluralismus der Meinungen, ehedem gespiegelt im Pluralismus der Blätter, spiegelt sich nun eher in ein und demselben Blatt, das seinerseits durch Fusion und Expansion unterschiedliche Profile in sich aufgenommen hat und damit mehr oder weniger ein «Blatt für alle» geworden ist oder werden müssen.

Die Tendenz geht auf das regionale oder lokale Monopol, die Selbstdeklarierung heisst nicht mehr «freisinnig» oder «konservativ» oder «sozialdemokatisch», sondern in bemerkenswerter Konformität «unabhängig», was immer das im Einzelfall heissen mag. Auch wenn noch eine allgemeine Richtung oder eine «linke» oder «rechte» Position in der politischen Topographie erkennbar sein mag, sind Wille und Neigung zur eindeutigen politischen Identifikation doch deutlich reduziert — oder sie sind getarnt und mit Alibis abgesichert. Nicht selten ist an die Stelle des einstigen erklärten Engagements die generelle Tendenz der «kritischen Distanz» oder die rein persönliche, eventuell wechselnde persönliche Meinung eines Kommentators getreten.

Die Auflösung oder Verwischung des traditionellen Engagements der pluralistischen Presse wird gern mit den Geboten der Objektivität, der Unparteilichkeit und der kritischen Funktion des Informationsmediums,

sowie mit Berufung auf anglo-amerikanische Vorbilder gerechtfertigt. Allerdings ist politischer Profilmangel noch lange keine Garantie gegen persönliche oder kollektive Vorurteile, gegen Manipulation oder willkürliche Verzerrung der Proportionen — soweit wie anderseits engagierte Meinung kritisch-sachliche Wahrheitsforschung und Berichterstattung behindert oder ausschliesst.

Ob die öffentliche Meinung durch «Forumblätter» der neueren Art besser dargestellt sei als durch die Vielzahl unterschiedlicher und gegensätzlich engagierter Meinungsblätter, darüber mag man streiten — auch wenn der Streit mit der faktischen und tendenziellen Entwicklung der «unabhängig» etikettierten Presse teilweise entschieden sein mag. Übersichtlicher ist die Meinungsszenerie und -struktur des Landes durch diese Entwicklung nicht geworden. Ob die öffentliche Information insgesamt durch die Lösung der alten Bindungen in der Substanz verbessert, die politische Transparenz erhöht worden sei, darf eine offene Frage bleiben.

Wichtig bleibt aber auch in der veränderten Struktur die Pluralität, die Mehrzahl, Vielzahl der Organe, ihre Konkurrenz auch in der engeren Region. Eine Stadt mit nur einer Zeitung ist informationspolitisch gesehen eine trostlose und überdies gefährliche Gegend — gefährlich wegen des Mangels an variierter Resonanz, an Widerspruch, an Alternativen, an Konkurrenz, an Kontrolle.

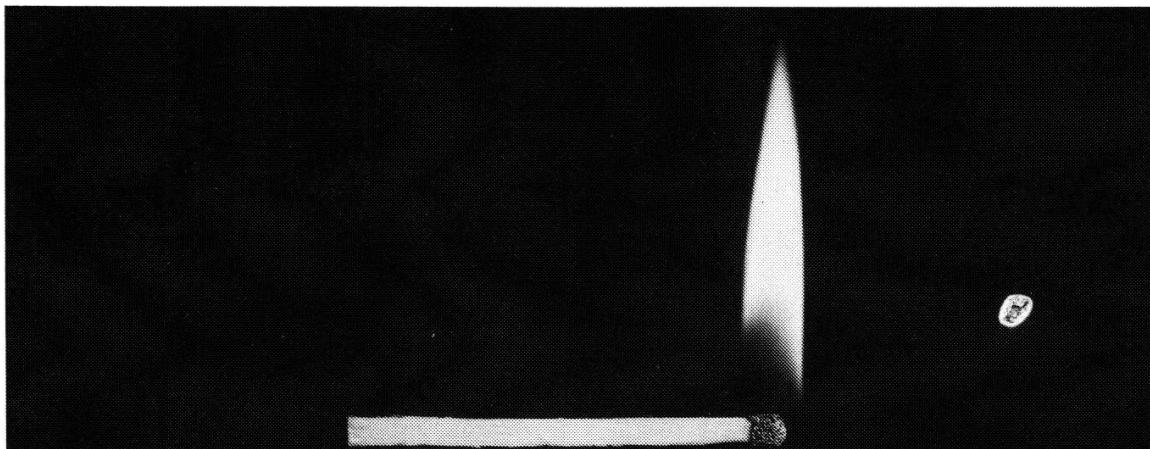
Ebenso gefährlich ist aus den gleichen Gründen auf die Dauer ein Monopol auf den Bildschirmen, dem das Publikum ohne Korrektiv ausgeliefert ist. Das sicherste Korrektiv gegen Einseitigkeit, weitaus sicherer als eine lahme Rekursinstanz gegen Proteste, ist oder wäre Konkurrenz. Solange sie nicht spielt, wird weiterhin (und gegen Maulkorbendenzen dieser Instanz) gelten müssen, dass ein Informationsmedium mit Monopolcharakter nichts nötiger hat als permanente, genau beobachtende und empfindlich reagierende öffentliche Kritik.

Der Mythos der vierten Macht

Seit die öffentliche Informierung dem Zugriff und Belieben der Staatsmacht entzogen und staatsunabhängigen Organen anvertraut wurde, seit diese Organe ihre Funktion auch als die eines Treuhänders der Öffentlichkeit bei der Kontrolle der Macht begriffen haben, erscheint das Informationsmedium seinerseits als eine Machtposition, erscheinen die Medien insgesamt als «vierte Macht» im Staate, sozusagen in Ergänzung der traditionellen Gewalten der Exekutive, Legislative und Justiz. Daraus ist ein Mythos von Medienmacht entstanden, bei dem unberücksichtigt blieb, dass diese Macht nicht kompakt als Monopol agiert und agieren kann, son-

dern sich selber in vielfältige Konkurrenzverhältnisse auflöst — jedenfalls soweit eine pluralistische Ordnung in den Medien besteht.

Bedenklicher als solche mythische Fehlinterpretation ist aber, wenn die Medien selber sich als Macht und ihre Wirkungen als Machtausübung empfinden. Es tut dem Wächteramt, soweit öffentliche Information ein Wächteramt ist, nicht gut, wenn es sich als Macht begreift. Damit ruft es der Frage, die schon in der Bibel steht: «Wer aber wird über die Wächter wachen?» Wer bei öffentlicher Information primär politische Wirkung im Auge hat und nicht einen der Wahrheit verpflichteten Dienst am öffentlichen Bewusstsein, verfälscht dieses Amt und dieses Metier. Es ist nach seiner Funktion Dienstleistung, nicht Machtübung und vertrüge sich besser mit Selbstbewusstsein als mit Selbtkritik.



Vorsicht genügt. Meistens.

Die Basler ist eine Versicherung für alle Fälle an allen Orten und zu jeder Stunde. Der Versicherungsexperte der Basler berät Sie kompetent und freundlich.

Basler
Für alle Fälle

Dr. phil. Urs Bugmann, 4144 Arlesheim, Dornachweg 14
 Dr. phil. Victor Conzemius, 6006 Luzern, Schädrütihalde 12
 Prof. Dr. phil. Manfred Gsteiger, 2000 Neuchâtel, Rue du château 7
 Elise Guignard, 5022 Rombach, Rombachtäli 52
 Dr. iur. Walter Gut, 6024 Hildisrieden
 Prof. Dr. oec. publ. Willy Linder, 8132 Egg, Brunnenwiese 58
 Dr. phil. Elsbeth Pulver, 3012 Bern, Neufeldstrasse 19
 Richard Reich, 8034 Zürich, Postfach 378
 Prof. Dr. rer. pol. Walter Wittmann, 7304 Maienfeld
 Dr. phil. Alfred Wyser, 4600 Olten, Im Meierhof 7

Erratum

Im Aufsatz von Fred Luchsinger «Medien und Macht» (Juli/August 1988) ist im letzten Abschnitt ein sinnentstellender Fehler entstanden. Wir geben den ganzen Abschnitt wieder:

Bedenklicher als solche mythische Fehlinterpretation ist aber, wenn die Medien selber sich als Macht und ihre Wirkungen als Machtausübung empfinden. Es tut dem Wächteramt, soweit öffentliche Information ein Wächteramt ist, nicht gut, wenn es sich als Macht begreift. Damit ruft es der Frage, die schon in der Bibel steht: «Wer aber wird über die Wächter wachen?» Wer bei öffentlicher Information primär politische Wirkung im Auge hat und nicht einen der Wahrheit verpflichteten Dienst am öffentlichen Bewusstsein, verfälscht dieses Amt und dieses Metier. Er ist nach seiner Funktion Dienstleistung, nicht Machtübung und vertrüge sich besser mit *Selbstkritik als mit Selbstbewusstsein*.

**Tiger-Schibe,
gäbig, guet
u gschwind**

**«Toast extra», die rezente
...aus Gruyère, Appenzeller
und Emmentaler**

**«Delicrem», die rahmige
...besonders leicht schmelzend**

**«Sandwich», die milde
...aus Emmentaler**

Tiger Käse ag

Schmelzkäsespezialitäten Langnau i.E.